

# Die Welt



# Zeitung

200 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Voessische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntage sind der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonntags beigeschrieben. Sonntags- und Handelsblatt mit Kurznachrichten, literarischer Umschau, Turnen- und Sportsport, Für Reise und Wanderrung.

Bezugpreis für März 5500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifen 9000 Mark im Inland. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder bei Kriegszustand kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen 400 Mark die erste Zeile in Familienanzeigen 110 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummern.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernbard, Verantw. Redakteur: Otto von Guericke, Juri Eber, Berlin, Unterlang-Mannskrippe werden nur zurückgegeben, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs 3600 - 3655, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3600 - 3605, Telegr.-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postfach-Nr. 600.

## Bathos oder Lösung.

Von  
Georg Bernbard

Die weiteren Befehlungen dieses Gebietes, die die Franzosen in Baden und Pfalz vorgenommen haben, sind verständig in ihrer Tragweite noch nicht völlig zu übersehen. In Darmstadt ist der Hauptbahnhof wieder geräumt und dabei erklärt worden, daß es sich bei dieser Befehlung um ein Verbot untergeordneter Dienste gehandelt habe. Der Güterbahnhof, der noch wie vor von französischen Truppen besetzt ist, liegt innerhalb der 30-Kilometerzone, die als besetztes Gebiet angesprochen werden muß, innerhalb deren alle Befehlungen und Verfügungen den internationalen Bestimmungen der Wiener Konvention zur Befreiung von Rohstofftransporten. Es ist sehr begrifflich, daß durch diese Maßnahmen zunächst die Bevölkerung der angrenzenden Gebiete, darüber hinaus aber auch weitere deutsche Volksteile in ihre Bewegung verkehrt werden. Um so mehr ist es Aufgabe der ihrer Verantwortung bewußten Politiker, beruhigend auf die öffentliche Meinung zu wirken. Denn so sehr bei starken ökonomischen Kräfte und Willen zum Widerstand durch die Vermehrung des französischen Unrechts auch wachsen mögen, so sehr liegt die Gefahr vor, daß bei den Franzosen in Baden und bei den Briten in der Pfalz ein unangenehmes Beispiel wird. Besonders verantwortungsvoll aber scheint es, in solcher Situation die politischen Schwierigkeiten zu vermehren, indem die Lage eines Abwehrkampfes vermindert und ganz unangenehme Aufgaben in die Hände der Alliierten gegeben werden. Doch tun die Franzosen, die den Widerstand für gekommen erachten, wieder einmal die Schritte vorzutreten, die die Regierung zu stellen, die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abzurufen. Diese Schritte werden mit dem Hinweis begründet, daß die deutschen Proteste gegen das Unrecht zu verfehlen. Aber wenn deutsch-nationale Blätter, um ihre Forderung möglichst harmlos erscheinen zu lassen, ausföhrlich darlegen, daß während dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und dem Abbruch nach ein weltweiter Interdikt besteht, so wissen sie ganz genau, daß es sich dabei um einen in der Politik immer unangenehmen Formalismus und letzten Endes um eine Schwarzpaterei handelt. Sie kennen auch die Folgen ihrer Forderung. Obgleich Welt ist in einer seiner in der Welt zu tun, die den Krieg beendet, und seine Befehlsgebote sind sich auch klar darüber, daß die Zulassung der Waffen an den französischen Volksteile und den belgischen Gebieten nach Lage der Dinge den vielleicht am meisten gefährlichen Streitigkeiten Vorwand für einen Kriegszustand abgeben würde. Das deutsche Volk aber will keinen Krieg führen und will noch weniger, daß seine Regierung kriegerischsten französischen Streitigen billige Vorwände liefert.

Grundsätzlich steht selbst ein erheblicher Teil der deutschen Anhängerschaft auf einem anderen Boden als auf Welt. Aber die inneren Vorgänge in der Partei erkennen keine solche Haltung. Die Partei ist, besonders intransigenter Befürworter der preussisch-allianzpolitischen Ideen, als ob sich immer ihre Güte weniger gegen die Regierung und nach außen als vielmehr nach innen, gegen eigene Parteigenossen wendet, die verständig über die Lage der Welt nachdenken. Die Partei der Vernunft scheint besonders der Abgeordnete Dr. Helfferich zu gehören, dessen fähiger Gehirne der schwierigen Situation des Reiches annehmend bereit gerät zu werden vermag als manchen ungeliebten Temperament in der Partei lieb ist. In der Abkehr des Gegenstandes und des Hanges zur Selbstgerechtigkeit, die den Helfferichschen Charakter mitbestimmen, leider nicht annehmen, daß er eintritt, wie sehr gerade seine Situation wohl beigetragen hat, die deutsche Seite in die jetzt verpasste Lage zu bringen. Aber er ist jetzt wenigstens ein wenig geneigt, sich zu erklären, daß auch sein Eigenwillen und Eigenliebe die Grenzen nicht überwinden kann, die rings um Deutschland herum aufgestellt sind. Helfferich nimmt angeblich überhaupt eine eigenartige Stellung in der deutschen Partei ein. Wenn er sich in Berliner politischen Kreisen herum, daß er der spiritus rector der augenblicklichen Kabinetspolitik sei, so heißt das zweifellos weit über das Maß hinaus. Ähnlich aber ist, daß seine persönliche Freundlichkeit mit dem deutschen Volk in der Beziehung zu stehen, um die Regierungspolitik gelockert hat, als man bei der seiner Eigenliebe als deutsch-nationaler Führer vermuten sollte. Insbesondere hat es den Eindruck, als ob die Überwindung des Widerstandes des Reichspräsidenten gegen die Dolmetscherintervention nicht zuletzt durch Überredungen herbeigeführt worden ist, die gütlichen Cuno und Helfferich hinter sich und zwischen Helfferich und Helfferich angetreten haben gefunden haben. In einem für das Reich so kritischen Augenblick ist es selbstverständlich erfreulich, daß auch Mitglieder der Oppositionsparteien sich der Regierung zur Verfügung stellen, aber von jeder Seite ein Verhalten für einseitige parlamentarische die Zinne der Partei der einen Seite gesehen, von dem sie ins Land liegen. Und ein Teil der Deutschnationalen, an ihrer Spitze Graf Helldorf, scheint es Dr. Helfferich immer zu verstehen, daß er sich zuviel mit dem Reichspräsidenten und seinen Kabinetsmitgliedern einmischt. Auf der einen Seite bemühen sich aber die Deutschnationalen, das Kabinett Cuno nach Kräften dadurch zu distanzieren, daß sie es als „ihre“ Kabinett bezeichnen. Aber im Grunde ihres Herzens ist ihnen der Kanzler doch dringend politischer Verzicht notwendig. Sie erklären ihn zwar als einen Mann für einen Defailliten. Aber das ist er eventuell auch auf Verhandlungen einlassen will, bevor der letzte Franzose das Ausgetriebe verlassen hat, daß er selbst in seinen letzten Auslassungen, die die „Ökonomische Rundschau“ geordnet hat, das sieht ihnen sehr unbedinglich. Und sie ermuntern, daß man sich bei seinem Besuch in Baden durch Tröste und Gelächern das Müdigkeit in der gleichen Weise stärken wird, wie das im flammenden Vernehmungsprotokoll Graf Helldorf bereits getan hat.

## Dienstag Kanzlerrede im Reichstag.

### Die Reise nach Süddeutschland aufgeschoben.

Die Reise des Reichskanzlers nach Süddeutschland, die ihm zunächst heute nach München und dann nach Stuttgart führen sollte, ist in letzter Stunde abgelehnt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Gleichzeitig wird bekannt, daß der Reichstag, der sich am Freitag im Vormittag, den 6. März, versammelt, auf Dienstag nachmittag schließlich einberufen werden ist. Auf die Angelegenheit der Diensttagung ist als einziger Punkt die Entgegennahme einer Stellungserklärung über die weitere Befehlung des Gebietes gesetzt. Diese Stellungserklärung wird vom Reichskanzler abgegeben werden, und am Montag im Reichstag sprechen zu können, hat Dr. Cuno die Reise nach München, so zu seinem fünfzigsten Geburtstag großen Vorbereitungen von Seite der bayerischen Regierung und der Parteien getroffen worden waren, gestern nachmittag abgelehnt. Bei diesem Anlasse ist erwähnt, daß auch der preussische Ministerpräsident Braun auf eine Reise nach Köln, wo er heute sprechen wollte, verzichtet hat. Die „Allgemeine Zeitung“ gibt als Grund dafür an, daß neue politische Gründe die Kaiser loyal-demokratische Parteigangart veranlassen würden, in letzter Stunde den Reichstag zu verfehlen. Der Entschluß des Reichskanzlers, in Berlin zu bleiben und die beschleunigte Einberufung des Reichstags auf Dienstag, also nur um zwei Tage früher als ursprünglich beabsichtigt, ist getrieben ab in unterrichteten politischen Kreisen viel erörtert worden. Es war bekannt, daß der Reichskanzler die Absicht hatte, nach seiner Rückkehr aus Stuttgart im Reichstage über den Ruhrkonflikt zu sprechen. Daß er den dringenden Wunsch hat, schon am Dienstag vor dem Reichstag zu sprechen, wird aus der Tatsache der Aushebung der französisch-belgischen Befehlung auf die weitere belgische Befehlung. Es wird aber vorausgesetzt, daß nicht allein dieses Ereignis den Kanzler zu seinem Entschluß ver-

geführt worden ist, die gütlichen Cuno und Helfferich hinter sich und zwischen Helfferich und Helfferich angetreten haben gefunden haben. In einem für das Reich so kritischen Augenblick ist es selbstverständlich erfreulich, daß auch Mitglieder der Oppositionsparteien sich der Regierung zur Verfügung stellen, aber von jeder Seite ein Verhalten für einseitige parlamentarische die Zinne der Partei der einen Seite gesehen, von dem sie ins Land liegen. Und ein Teil der Deutschnationalen, an ihrer Spitze Graf Helldorf, scheint es Dr. Helfferich immer zu verstehen, daß er sich zuviel mit dem Reichspräsidenten und seinen Kabinetsmitgliedern einmischt. Auf der einen Seite bemühen sich aber die Deutschnationalen, das Kabinett Cuno nach Kräften dadurch zu distanzieren, daß sie es als „ihre“ Kabinett bezeichnen. Aber im Grunde ihres Herzens ist ihnen der Kanzler doch dringend politischer Verzicht notwendig. Sie erklären ihn zwar als einen Mann für einen Defailliten. Aber das ist er eventuell auch auf Verhandlungen einlassen will, bevor der letzte Franzose das Ausgetriebe verlassen hat, daß er selbst in seinen letzten Auslassungen, die die „Ökonomische Rundschau“ geordnet hat, das sieht ihnen sehr unbedinglich. Und sie ermuntern, daß man sich bei seinem Besuch in Baden durch Tröste und Gelächern das Müdigkeit in der gleichen Weise stärken wird, wie das im flammenden Vernehmungsprotokoll Graf Helldorf bereits getan hat.

Dieser Besuch in Baden hat Dr. Cuno ganz plötzlich aufgegeben. Bisher ist ihm wenig von dem nationaldemokratischen Gedächtnis, dem seine Anwesenheit als Hilfe dienen sollte. Wenn dem so wäre, könnte man ihm nur Defailliten stellen. Denn so sehr die Stärkung der Abwehrmacht politische Aufgabe aus dem Kanzlers sein mag, in erster Linie muß man von ihm als dem besten Bekannten der Deutschnationalen und Volkens verlangen, daß er das politische Ziel des passiven Widerstandes, den das deutsche Volk angeblich mit seinerer Einmütigkeit leidet, nicht aus dem Auge verliert. Dieses Ziel ist, die Franzosen aus dem Ruhrgebiet zu entfernen und die Einheit des Reiches aufrecht zu erhalten. Das was weder mit nationalpolitischen Brunnstein und Protestaktionen, noch mit Gewalt geht, ist jedem Einzeligen offenbart. Es bleibt also nur der Weg von Verhandlungen. Der Weg zu diesen Verhandlungen muß gegeben werden. Entweder durch eine internationale Intervention oder durch eine direkte Verhandlung mit den Franzosen. In eine Intervention von außen ist vorläufig nicht zu denken. Die Vereinigten Staaten haben in letzter Zeit mehrfach erklärt, daß sie jetzt nicht eingreifen werden, und

gleich hat man die Befehlung auf einen neuen französischen Protest der deutschen Regierung gegen den erweiterten Einbruch französischer Truppen in deutsches Gebiet geplant wäre und im Zusammenhang damit eine rein historische Darstellung des bisherigen Verlaufes des Ruhrkonflikts, dann hätte in Vertretung des Reichskanzlers auch ein anderes Mitglied des Reichskabinetts, etwa der Außenminister, im Reichstage das Wort ergreifen können. Wenn der Reichskanzler auf seine hohe mehrfache wichtige Stelle nach Süddeutschland persönlich verzichtet und möglicherweise auch den Reichstag verlassen würde, dann — so wird angenommen — hat er wohl ebenfalls das Bedürfnis, als leitender Staatsmann selbst die Worte des Protokolls zu sprechen und sie nach innen und außenhin dadurch zu unterstreichen, andererseits aber den Wunsch, in Anknüpfung an diesen Protest gegen die weitere Befehlung des Gebietes eine Stellungserklärung über die gesamte außenpolitische Situation abzugeben, wie die durch die Aufhebung geschaffen worden ist, und wie sie sich während der mehr als siebenwöchigen Dauer dieser Befehlung entwickelt hat.

### Cuno an Knilling.

Der Reichskanzler hat an den Ministerpräsidenten von Knilling folgendes Telegramm gerichtet: „Der neue freischaffende Reichspräsident legt mir die Pflicht auf, den deutschen Protest in besonderer Sitzung des Reichstags zu erklären. Der Reichstag des Reichstags hat daher der Reichstag für Dienstag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen. Das verbietet mir, den beschleunigten Besuch in München am Montag auszuführen. Ich bedauere dies auf das Lebhafteste, aber leider, daß die Gründe hierfür in dem dem Einfluß der französischen Süddeutschland gewidmet werden. Ich bitte, den Besuch auf den ersten freien Tag vorzuschicken zu dürfen, bei zur Verfügung zu sein.“

Der Staatspräsident von S. Sieber ist in gleicher Weise dem Reichstag berichtet worden, daß der Reichskanzler auf den Besuch Stuttgards verzichtet muß.

Die Frage über England ist recht kein Schritt zu erwarten. Die Frage über England zu einer Verhandlung zu kommen, ist noch deshalb völlig verfehlt, weil jeder deutsche Schritt nach London die Verhaftung der Franzosen nur noch mehr festsetzt. Es ist kann ihnen besser, überhaupt nichts zu tun, als auf solchen Abwegen zu gehen.

Die Frage der zunehmenden Heftigkeit der Sprache, die die französischen Presse gegen England führt, etwa anzunehmen, daß die Franzosen eine Einigung mit Deutschland gegen England oder auch nur ohne England anstreben, wäre ganz falsch. Es soll hier gar nicht von neuem darüber diskutiert werden, wie hart in Frankreich augenblicklich die Stimmungen sind, welche die Abstraktion ins anemotionalistische Frühwahrer lenken mögen. Es ist aber einmal die Sache, die die Franzosen auf Antrieben abgeben hätten, aus, und nimmt man an, daß nach wie vor der Zweck der Abstraktion die Erhaltung der Reparationen ist, so kann Frankreich, das seine vernünftige Recht in aus dem Vertrag von Versailles herleitet, nicht seinen Alliierten gegenüber diesen Vertrag von Versailles regieren wollen. Nach dem Versailles Vertrag aber liegt die endgültige Regelung der Reparation bei der Gesamtarbeit der Alliierten. Jede Verhandlung zwischen Deutschland und Frankreich kann daher immer nur einseitig für Frankreich vorteilhaft sein, wenn es nicht einseitig für Frankreich vorteilhaft ist, bei den allgemeinen Reparationsverhandlungen den Forderungen seiner Alliierten gegenüber eine andere Haltung einnehmen als bisher. Andererseits aber weiß Frankreich, daß es für diese allgemeinen Reparationsverhandlungen der Zustimmung seiner Alliierten bedarf. Und es wird deshalb keine Verhandlungen mit Deutschland treffen, die sich gegen seine Alliierten richten. Cuno so wenig, wie Frankreich sich ausgeben wollte, daß seine Alliierten mit zu gewinnen hat. Für die Alliierten unterhandeln, wird Frankreich sich nicht anmaßen, in den Verhandlungen mit Deutschland über englische Interessen zu bestimmen.

Für die augenblickliche Position Englands sind neben einer Reihe anderer Gründe auch fester Grundungen fester Art von ausschlaggebender Bedeutung. England kann sich deshalb werden, was es gar nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen hat. Für die Alliierten ist die Entscheidung ist es dem Frankreich über französische Interessen verhandeln, wird Frankreich sich nicht anmaßen, in den Verhandlungen mit Deutschland über englische Interessen zu bestimmen. Und wenn auch national-